

## **Presseinformation**

213/2011

Kiel, 16. Juni 2011

### **Antje Jansen und Uli Schippels: „Uni-Kliniken in öffentlicher Hand halten.“**

**Kiel.** DIE LINKE im Schleswig-Holsteinischen Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, den von ihr verursachten Investitionsstau beim UKSH aufzulösen und damit den Hauptvorwand für die geplante Privatisierung abzuschaffen.

„Die Beschäftigten der Uni-Kliniken in Kiel und Lübeck leisten unter schwierigsten Bedingungen jeden Tag Außerordentliches zum Erhalt des Gesundheitswesens. Die Planungen der Landesregierung zur Privatisierung sind ein Schlag ins Gesicht der Beschäftigten“, sagt Antje Jansen, gesundheitspolitische Sprecherin der Linksfraktion.

„Sell and lease back“-Modelle oder die Beteiligung Dritter im Rahmen von ÖPP-Projekten lehnt DIE LINKE ab, weil sie stets zu Gewinnmaximierungen bei den privaten Partnern beziehungsweise den Investoren zu Lasten der öffentlichen Kassen führen.

„Angesichts der jüngsten Steuerschätzung und der anhaltenden Niedrigzinsphase könne der bauliche Masterplan auch durch das Land geleistet werden“, sagt Uli Schippels, finanzpolitischer Sprecher der LINKEN. Dies hätte zur Folge, dass nicht nur die Situation der Beschäftigten in den Uni-Kliniken und die Patientenversorgung verbessert werden, es würden auch unverzüglich zu Beschäftigungsimpulsen und entsprechenden Steuernehmeinnahmen führen.

„Durch das Markterkundungsverfahren sind schon 1 Million Euro in den Sand gesetzt worden, es sollte nicht noch mehr Geld verschwendet werden“, so Schippels.